

MEDIATION



Halbjährlich
veröffentlicht von
der Fondation
Hirondelle

VERSTÄNDNIS DURCH INFORMATION, VERSTÄNDIGUNG DURCH DIALOG

Sich auf Fakten konzentrieren

„Damit Gerechtigkeit geübt werden kann, muss auch sichtbar sein, dass Gerechtigkeit geübt wird.“ Journalist:innen verleihen der Rechtsprechung Transparenz, indem sie der Öffentlichkeit helfen, Tatsachen und Details zu verstehen. Sie fordern zudem Behörden und Institutionen auf, Rechenschaft über ihre Tätigkeit beziehungsweise ihre Untätigkeit abzulegen. So trägt der Journalismus dazu bei, das Vertrauen in das rechtmäßige Handeln eines Rechtssystems zu stärken.

In Bezug auf die Übergangsjustiz ist das keine leichte Aufgabe. Es geht darum, komplexe juristische Fragestellungen zu erfassen und sie der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, manchmal auch unter Drohungen und Einschüchterungen. Die Mechanismen der Justiz sind oft schwerfällig. Das erschwert es, das Interesse der Öffentlichkeit über einen langen Zeitraum hinweg aufrechtzuerhalten. Eine solche Berichterstattung kann es mit sich bringen, dass Journalist:innen Zeugen von Greueln und deren Folgen werden.

Die Fondation Hirondelle unterstützt ein spezialisiertes Team mit einer breiten Erfahrung in diesem Bereich, das mit seinem eigenen Medium Justice Info, Spezialisten und die breite Öffentlichkeit informiert. Neben der Berichterstattung über die internationale Gerichtsbarkeit und die Übergangsjustiz auf der ganzen Welt, verleiht dieses Team Journalist:innen vor Ort das erforderliche Know-how, um die entsprechenden Themen für ihre spezifischen lokalen und nationalen Zielgruppen aufzubereiten, sei es in Kolumbien, in der Ukraine oder in der Demokratischen Republik Kongo. Wie immer ist Unparteilichkeit die Essenz der Vorgehensweise. Der Journalist muss sich wie ein Richter auf die Fakten konzentrieren, auch wenn er mit grausamsten Verbrechen, auch solchen an seiner eigenen Gemeinschaft, konfrontiert wird.

Jacqueline Dalton, Redaktionsleiterin der
Fondation Hirondelle

Ein russischer Unteroffizier wird am 20. Mai 2022 vor dem Berufungsgericht in Kiev des Kriegsverbrechens angeklagt. © Yasuyoshi CHIBA / AFP

INTERNATIONALE GERICHTSBARKEIT UND ÜBERGANGS- JUSTIZ VERSTÄND- LICH MACHEN

Infolge der Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten steht die internationale Strafergerichtsbarkeit wieder in den Schlagzeilen der Medien. Ihr goldenes Zeitalter hatte sie vor dreissig Jahren, als die internationalen Gerichtshöfe eingerichtet wurden. Heute sind die Verfahren der internationalen Gerichtsbarkeit komplexer und umfassen auch aussergerichtliche Vorgehensweisen zur Wahrheitsfindung und Wiedergutmachung. Da sich die Verfahren laufend weiterentwickeln, ist es heute mehr denn je an den Medien, diese verständlich darzustellen.

Die internationale Gerichtsbarkeit – die sich mit besonders schweren Verbrechen befasst – wurde nach dem Zweiten Weltkrieg in Nürnberg ins Leben gerufen und hat sich in den letzten Jahrzehnten im Interesse der Wahrheitsfindung stetig weiterentwickelt. Sie umfasst heute nicht nur Gerichtsverfahren, sondern auch Wahrheitsfindung, Wiedergutmachungsleistungen und die Pflicht zur Aufarbeitung.

Die UN-Strafgerichtshöfe in Den Haag und Arusha waren weit entfernt von den Ländern, in denen die Verbrechen begangen wurden. Es folgten die „Sondergerichte“ (Sierra Leone) oder die „Sonderkammern“ (Bosnien, Kambodscha), die ihren Sitz vor Ort, im Lande der begangenen Taten, hatten.

Die nationalen Gerichtsbarkeiten sind in ihrem Handlungsspielraum meist flexibler und befassen sich ebenfalls mit internationalen Verbrechen, unabhängig davon, ob sich das Gericht im Land, wo das Verbrechen begangen wurde, befindet (Demokratische Republik Kongo) oder in einem Drittstaat, der sich auf das „Weltrechtsprinzip“ beruft (Deutschland, Frankreich, Senegal, Schweiz). Während im Laufe der Zeit neben den nationalen Gerichtsbarkeiten ein internationaler Gerichtshof entstanden ist, bildeten sich weltweit zahlreiche Wahrheitskommissionen nach südafrikanischem Vorbild. Diese Kommissionen haben das Ziel, Opfer und Täter zu Wort kommen zu lassen, die Faktenlage zu ermitteln, die Folgen von Gewalt wiedergutzumachen und zu verhindern, dass eine Tat wiederbegangen wird.

Die Fondation Hirondelle ist überzeugt, dass sie die Resilienz betroffener Personen und Gesellschaften mithilfe verständlicher Informationen über komplexe Sachverhalte stärken kann. Dazu gründete sie beispielsweise in Arusha, dem Sitz des Internationalen Strafgerichtshofs für Ruanda, die Agentur Hirondelle News. Justice Info, ein mehrsprachiges Online-Medium, berichtet kontinuierlich und ausführlich über die Verfahren der internationalen Gerichtsbarkeit und der Übergangsjustiz auf der ganzen Welt. Dieser Bereich entwickelte sich in den letzten Jahren so stark wie noch nie: Mittlerweile machen Verfahren wegen schwerer Menschenrechtsverstöße auch vor den Unternehmen nicht mehr Halt. Ihnen wird häufig die Zerstörung des Lebensraums indigener Völker vorgeworfen. Wahrheitskommissionen kümmern sich zudem um neue Bereiche wie sexualisierte Gewalt durch die Kirche oder Wiedergutmachungsleistungen für ehemals kolonialisierte Völker.

Diese Ausgabe der „Mediation“ stellt unsere Medienaktivitäten in den historischen Kontext der internationalen Gerichtsbarkeit und der Übergangsjustiz und erklärt, warum es uns in einer von Konflikten gezeichneten Welt wichtiger denn je erscheint, die Verbindung mit der betroffenen Bevölkerung aufrecht zu erhalten. ■

Interview



MASSENGEWALT
VERSTEHEN,
WIEDERHOLUNGEN
VERHINDERN

Familienangehörige mit den Porträts von fünf Jugendlichen, die während den Gewalttaten in Kolumbien getötet wurden.
© Luis ROBAYO / AFP



Thierry Cruvellier ist Chefredaktor von **Justice Info**, einem Medium der Fondation Hirondele, das über die Initiativen für Gerechtigkeit in den Ländern berichtet, die sehr schweren Gewalttaten wie Kriegsverbrechen, humanitäre Verbrechen oder Völkermord ausgesetzt sind. „Damit Gerechtigkeit geübt werden kann, muss auch sichtbar sein, dass Gerechtigkeit geübt wird“ – so lautet der Leitsatz von Justice Info.

Seit fast dreissig Jahren berichten Sie über die Gerichtsprozesse in der ganzen Welt, insbesondere über die Verfahren wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Was reizt Sie daran?

Thierry Cruvellier: Anfang der 1990er Jahre habe ich als Berichterstatter in Sierra Leone und Ruanda gearbeitet. Der Völkermord an den Tutsi im April 1994 in Ruanda hat mein berufliches und intellektuelles Leben verändert. Ich wollte die ersten Verfahren des Internationalen Strafgerichtshofs für Ruanda (IStGHR) verfolgen, der im November 1994 von den UN eingerichtet wurde und seinen Sitz in Arusha in Tansania hatte. Ich bin für fünf Wochen nach Arusha gereist und bin fünf Jahre geblieben. Verfahren wie die des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien (IStGHJ) in Den Haag waren für unsere

Generation von Journalisten das Äquivalent zu den Nürnberger Prozessen. Wir waren Zeugen einer massgeblichen Entwicklung der internationalen Strafgerichtsbarkeit. Die internationale Gemeinschaft schien eine Gerichtsbarkeit zu fordern als einen unerlässlichen Bestandteil für einen dauerhaften Frieden in von Völkermord zerrütteten Gesellschaften. Nach und nach wurden verschiedene Instanzen mit regionaler Reichweite oder weltweitem Anspruch geschaffen, beispielsweise der Internationale Strafgerichtshof (IStGH). Die Zuweisung einer individuellen strafrechtlichen Verantwortung für bestimmte schwere Verstösse gegen das Völkerrecht wurde ebenfalls zu einer geopolitischen Herausforderung. Strategische und diplomatische Strategien sind quer durch diese Rechtsprechungsorgane spürbar.

Seitdem habe ich über zahlreiche Prozesse auf der ganzen Welt berichtet, insbesondere über die Verfahren wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit (Sierra Leone, Bosnien-Herzegowina, Kambodscha, Kolumbien, Tschad). Die internationale Strafgerichtsbarkeit und die Übergangsjustiz sind mein Fachgebiet geworden. Die Berichterstattung über diese internationalen Verfahren ermöglicht es nicht nur, die Entwicklungen der Rechtssysteme und der Geopolitik auf der ganzen Welt zu analysieren, sondern auch die menschliche Gesellschaft zu reflektieren: in historischer Hinsicht dank den Aussagen von Zeitzeugen, in psychologischer Hinsicht, wenn man die Massengewalttaten verstehen will, und philosophisch betrachtet in Bezug auf Aspekte wie Bestrafung, Vergebung und Versöhnung. Für einen Journalisten ist dies ein unendlich reiches Feld. Der Prozess einer einzelnen Person kann dabei helfen, die Ereignisse der Geschichte, die komplex und traumatisch sind, anhand eines Lebenslaufs zu erzählen.

Welche besonderen Anforderungen stellen sich einem Journalisten, der sich mit diesen Themen beschäftigt?

Journalisten, die sich mit internationaler Gerichtsbarkeit und Übergangsjustiz beschäftigen, folgen denselben berufsethischen Prinzipien wie alle Journalisten: Unabhängigkeit, Nachvollziehbarkeit, Richtigkeit, Unparteilichkeit. Aus verschiedenen Gründen sind das Mass an Aufmerksamkeit und die Anforderungen, die diese Prinzipien an uns stellen, manchmal sehr hoch. Als Erstes muss man eine ausführliche Dokumentation erstellen: dazu gehört der historische Kontext der Konflikte, die oft komplex sind und sich in Ländern abspielen, die in grosser Entfernung von der kulturellen Herkunft des Journalisten liegen, aber auch das Recht und die Rechtsverfahren, die gleichermaßen komplex sind und die in den Gerichten eingesetzt werden, um die eigenen Schwächen zu kaschieren. Auch darf man sich nicht zu sehr von seinem Mitgefühl leiten lassen, auch wenn es gegenüber den Opfern verständlich wäre. Man darf sich weder von der Grausamkeit der Taten niederschmettern noch von der rechtsprechenden Institution irreführen lassen. Wenn man sich mit den Beschuldigten auseinandersetzt, denen diese unvorstellbare Gewalt vorgeworfen wird, vergisst man leicht das Grundprinzip der Unschuldsvermutung. Der Journalist muss allen beteiligten Parteien sehr aufmerksam zuhören, auch der Verteidigung, deren Stimme bei solchen Verfahren oft am schwächsten ist. Bei Gerichten handelt es sich wie bei allen Rechtsprechungsorganen um Behörden, dies erst recht auf internationaler Ebene: Auch Ihnen passieren Ungerechtigkeiten oder rechtliche Fehler. Sie bewegen sich zudem in einer Art demokratischer Wüste, denn oft finden sie in grosser Entfernung zu den Gesellschaften statt, in denen die Verbrechen begangen wurden (IStGHR in Arusha und der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag), und ohne traditionelle Kontrollmechanismen. Für einen Journalisten geht es bei der Berichterstattung über die internationale Gerichtsbarkeit immer auch um Fragen der Demokratie.

Die Ermittlung der strafrechtlichen Verantwortung für ein Massenverbrechen ist eine geopolitische Herausforderung

Welche Medien liefern die beste Berichterstattung über die Verfahren der internationalen Gerichtsbarkeit und der Übergangsgerechtigkeit?

Die Berichterstattung über die Verfahren ist eine Arbeit, die einen langen Atem braucht. Um die Details eines Prozesses ausreichend zu verstehen, muss man die ganze Zeit vor Ort sein, monatelang, sogar jahrelang. Oft sind es Medien von NGOs, die dies leisten können, und nicht die allgemeinen Medien, denen es an Zeit und Ressourcen fehlt. Daher haben sich die NGO-Medien dieser Aufgabe angenommen und berichten detailliert über die laufenden internationalen Prozesse.

Die Berichterstattung über Verfahren funktioniert in diesem Kontext umso besser, je stärker die nationale Presse ist. Aufgrund ihrer Landeskenntnisse haben die Journalisten vor Ort nicht nur einen kritischen und analytischen Blick auf die laufenden Prozesse, sondern bringen die Entscheidungen der Justiz des jeweiligen Landes besser an die Öffentlichkeit. Die nationalen Medien können stärkeren Druck ausüben, damit die Prozesse publik werden; somit kompensieren sie das Demokratiedefizit, das an den internationalen Gerichtshöfen vorherrscht.

Justice Info versteht sich als Bindeglied zwischen der lokalen und der internationalen Ebene

Zielgruppen. Meiner Meinung nach hat die Arbeit unserer Korrespondentinnen grosse Bedeutung, denn sie haben den Mut, sich über lange Zeit in Übergangsgerechtigkeit-Prozessen ihres Landes zu engagieren wie Olfa Belhassine bei der Kommission für Wahrheit und Würde nach der Revolution 2011 in Tunesien, Mustapha Darboe bei der Kommission für Wahrheit, Versöhnung und Wiedergutmachung nach der Diktatur in Gambia oder Andrés Bermúdez Liévano bei dem noch laufenden Prozess der ausserordentlich komplexen und ambitionierten Übergangsgerechtigkeit in Kolumbien (siehe Kasten). Ihre Berichte konnten der Leserschaft einen einzigartigen Einblick in diese Prozesse vermitteln.

Bei Justice Info arbeiten wir ausschliesslich mit Korrespondentinnen. Unser Medium versteht sich als Bindeglied zwischen der lokalen und der internationalen Ebene und richtet sich gleichermaßen an beide

Wie sehen die jüngsten Entwicklungen bei der Übergangsgerechtigkeit aus und welchen Einfluss hat das auf Ihre Arbeit?

Im Gegensatz zur Situation vor dreissig Jahren sind die schweren Völkerrechtsverletzungen kein Randthema mehr. Sie stehen bei allen allgemeinen Medien in den Schlagzeilen, wie aktuell beim Konflikt in der Ukraine oder in Israel/Palästina (siehe Kasten). Bei Justice Info versuchen wir, die Verbindung herzustellen. Diese Idee mag naiv klingen, ist aber fundamental für die internationale Gerichtsbarkeit. Grausamkeiten, die die Menschenwürde an einem bestimmten Ort auf der Welt in Frage stellen, betreffen nicht nur die Menschen dort, sondern die ganze Menschheit. In unseren Artikeln versuchen wir Parallelen zwischen den Verbrechen, den Ländern und den juristischen Vorgehensweisen aufzuzeigen, damit man die Gewalttaten verstehen kann. Mit diesem bescheidenen Beitrag kämpfen wir gegen Gewalt.

Die Übergangsgerechtigkeit betrifft nicht mehr nur Kontexte, in denen ein Krieg oder eine Diktatur stattfand. Das zentrale Argument des Menschenrechtsverstosses bringen mittlerweile zahlreiche NGOs auch in anderen Bereichen vor für ihre Verantwortungslosigkeit in Bezug auf den Klimawandel oder für Umweltzerstörungen an. Die Frage der Wiedergutmachung von Kolonialverbrechen, darunter die Rückgabe von Gütern, die in den kolonialisierten Gesellschaften geplündert wurden, ist wieder in den Vordergrund gerückt. Für die Bearbeitung dieser Themen wurden mehrere Wahrheitskommissionen eingesetzt. Die Frage der indigenen Völker, die Opfer der Kolonialisierung und der Zerstörung ihres Lebensraums durch die Industrie oder die intensive Landwirtschaft, steht im Mittelpunkt dieser neubelebten internationalen Gerichtsbarkeit und Übergangsgerechtigkeit. Bei den aktuellen Gewaltverbrechen tragen die Akteure im Norden eine Mitverantwortung. Das ändert zwar nichts an der Arbeit des Journalisten an sich. Das Netzwerk unserer Korrespondentinnen muss jedoch ständig ausgebaut werden, um mit der Dynamik dieser Entwicklungen Schritt zu halten. Die internationale Gerichtsbarkeit bzw. die Übergangsgerechtigkeit entwickelt sich ständig weiter und reagiert auf die Erwartungen der Öffentlichkeit. Wir müssen vorausdenken. Die Gewalttaten extremistischer Gruppen, religiöser Institutionen, Banden und Polizeigewalt sind eine Tatsache, die wir in unseren künftigen Publikationen behandeln müssen. ■

Kolumbien: Ein völlig neuartiger Prozess der Übergangsgerechtigkeit

Seit der Unterzeichnung des Friedensvertrags 2016 wurde in Kolumbien ein Prozess der Übergangsgerechtigkeit in Gang gesetzt, der im Hinblick auf seinen Umfang und die Bandbreite seiner Mechanismen völlig neuartig ist. Dieses „Integrale System für Wahrheit, Gerechtigkeit, Wiedergutmachung und Nichtwiederholung“ ist die Antwort auf einen sechzig Jahre andauernden bewaffneten Konflikt zwischen der Regierung, der sich paramilitärische Milizen angeschlossen hatten, und den Revolutionären Streitkräften Kolumbiens (FARC). Ziel ist es, die Fakten über die umfangreichen Gewalttaten, die diesen Konflikt kennzeichneten, zu erfassen, Vergebung zu bewirken, den Opfern Wiedergutmachung anzubieten und schliesslich eine Wiederholung zu verhindern.

Die Sondergerichtsbarkeit für den Frieden (JEP), verfolgt und bestraft die Täter, die die „schwersten“ Verbrechen begangen haben und sich weigern, sich der Gerichtsbarkeit zu stellen, und damit den Versöhnungsprozess behindern. Diese Personen stehen unter dem Verdacht, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen zu haben, darunter Massenmorde, -folter, -vergewaltigungen und -entführungen. Die Arbeiten der JEP dauern noch an. Gleichzeitig hat eine „Kommission für Wahrheit und Versöhnung“ während drei Jahren mehr als 28 000 Personen in 23 Ländern angehört, insbesondere aus der Landbevölkerung, der indigenen Bevölkerung und der afro-kolumbianischen Gemeinschaft. Diese Kommission, die ihren Abschlussbericht im Juni 2022 vorgelegt hat, führte allein für den Zeitraum von 1985 bis 2018 insgesamt 450 664 Morde (die Schätzung liegt bei 800 000), 50 770 Entführungen, 121 768 Vermisste und 7,7 Millionen Vertriebene auf.

In einem polarisierten politischen Umfeld verbindet das äusserst ambitionierte, komplexe und vielschichtige Projekt der Übergangsgerechtigkeit sowohl Gerichtsprozesse, Wahrheitssuche, Wiedergutmachung und Bodenreformen wie auch die Rechte der indigenen Völker, die Suche nach Vermissten, die Wiedereingliederung ehemaliger Kämpfer:innen, Initiativen zur Versöhnung und die Aufarbeitung von Erlebtem.

Ukraine, Israel/Palästina: eine internationale Gerichtsbarkeit mit zwei Geschwindigkeiten

Seit Beginn des Angriffskriegs Russlands am 24. Februar 2022 hat sich die Ukraine nicht nur auf militärischer Ebene verteidigt. Sie hat auch die Mittel der Gerichtsbarkeit angewendet. In Den Haag wurden sofort zwei internationale Gerichtshöfe angerufen: der Internationale Gerichtshof (IGH), der Streitigkeiten zwischen Staaten regelt, und der Internationale Strafgerichtshof (IStGH), der sich mit schweren Menschenrechtsverstössen befasst. Ebenso angerufen wurde ein regionaler Gerichtshof, der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR), westliche nationale Justizsysteme (Deutschland, Polen, die drei baltischen Länder, Spanien, Schweden, Slowakei und Schweiz), die oft auf Basis des Weltrechtsprinzips handeln, und sogar Organe der Vereinten Nationen, die Untersuchungsbefugnisse haben, wie der Menschenrechtsrat. Nicht zu vergessen sind die Rechtswege der ukrainischen Gerichtsbarkeit zuhanden des Generalstaatsanwaltes. Ergebnisse dieser gerichtlichen Aktivitäten sind beispielsweise die Haftbefehle, die der IStGH am 17. März 2023 gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin und seine Beauftragte für Kinderrechte, Maria Lwowa-Bełowa, wegen des Kriegsverbrechens der „illegalen Deportation“ ukrainischer Kinder erlassen hat.

In Israel/Palästina, ebenfalls ein aktueller Konflikt mit hoher Intensität, scheinen die Bemühungen der internationalen Gerichtsbarkeit an einem toten Punkt angelangt zu sein. Angesichts der aktuellen Gewalttätigkeiten in der Region nimmt die Kritik an der Trägheit und dem Fehlen von Informationen über die Untersuchungen, die das Büro des Staatsanwalts des IStGH durchführt, immer mehr zu. Die 2021 vom IStGH eingeleitete Untersuchung aller schwereren Menschenrechtsverstössen, die seit Juni 2014 auf allen Seiten begangen wurden, führt zu keinem konkreten Ergebnis. Es ist aufschlussreich, sich das Budget anzusehen, das der IStGH für die Untersuchung Palästinas bereitstellt: weniger als eine Million Euro pro Jahr. Das liegt unter den bewilligten finanziellen Mitteln, die für eine solche Untersuchung bereitgestellt werden, und dies in einer nicht enden wollenden Situation, die so umfangreich und komplex ist. Obwohl die Angriffe bewaffneter palästinensischer Gruppen auf israelische Zivilisten, die Stationierung israelischer Siedler im Westjordanland und die Bombardierung durch die israelischen Streitkräfte vom Büro des Staatsanwalts als Kriegsverbrechen bezeichnet wurden, wurde bis heute kein Haftbefehl erlassen.

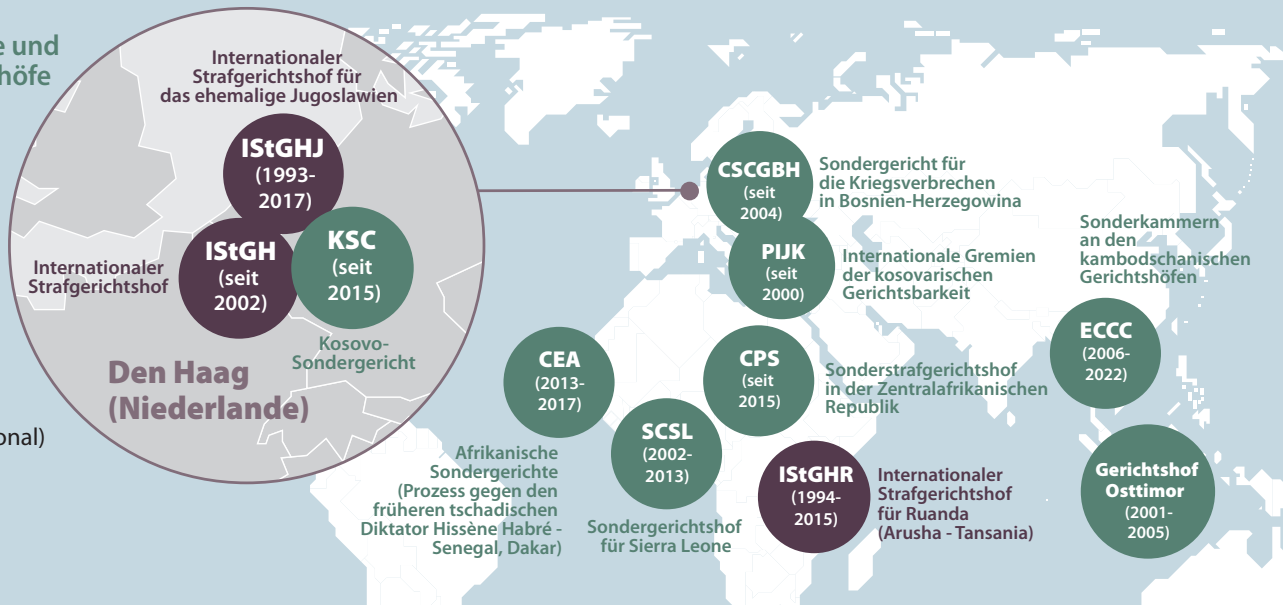
In Zahlen

Internationale Gerichtshöfe mit Sitz vorwiegend in Europa und Afrika

Internationale Strafgerichtshöfe und hybride Gerichtshöfe (1993–2023)

● Internationale Strafgerichtshöfe

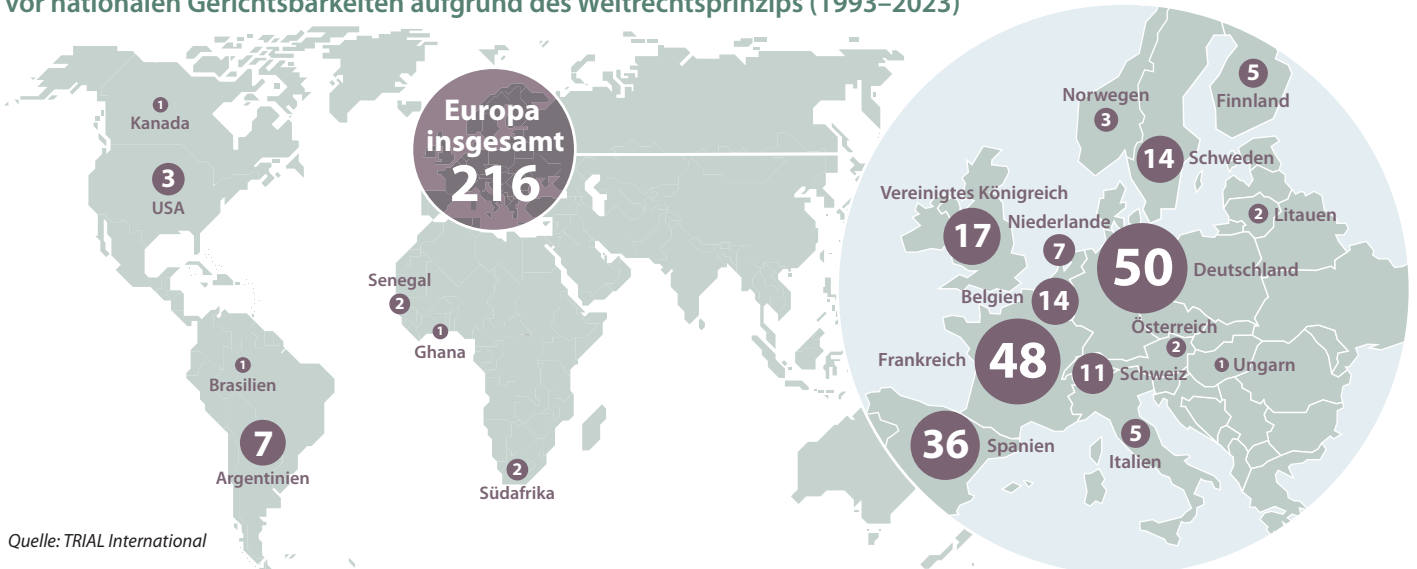
● Hybride Strafgerichtshöfe (national / international)



Quelle: Justice Info

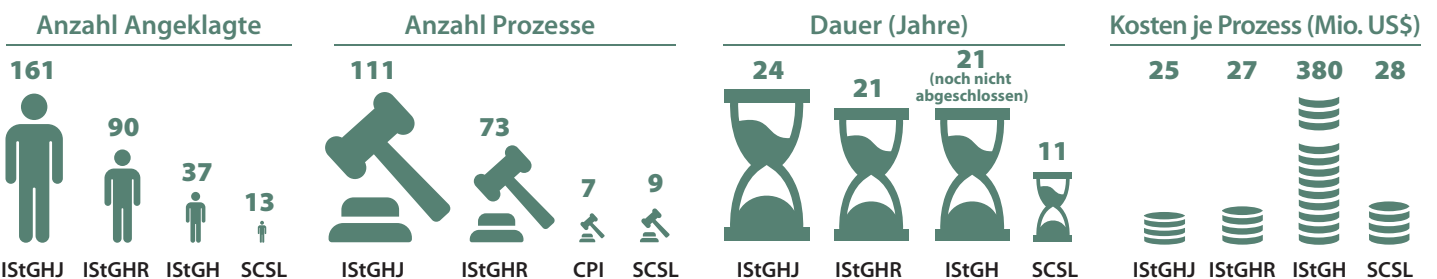
Europa, wichtigster Ort für die Ausübung des Weltrechtsprinzips durch die nationalen Gerichtsbarkeiten

Bereits abgeschlossene oder noch laufende Ermittlungen oder Untersuchungen wegen internationaler Verbrechen vor nationalen Gerichtsbarkeiten aufgrund des Weltrechtsprinzips (1993–2023)



Quelle: TRIAL International

Internationale Strafgerichtsbarkeit: langwierige und kostspielige Verfahren



Quelle: Justice Info

Aus der Praxis

DIE INFORMATIONSPFLICHT MIT DER PFLICHT ZUR GERECHTIGKEIT VERBINDEN



Erste öffentliche Anhörung des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) für die Zentralafrikanische Republik am 17. Dezember 2021 in Bangui.
© Maxence Helen



Caroline Vuillemin, Generaldirektorin der Fondation Hironnelle, berichtet von der journalistischen Arbeit der Stiftung, die darauf abzielt, dass die von den Verbrechen betroffenen Gesellschaften die Arbeit der internationalen Gerichtsbarkeit und der Übergangsjustiz verstehen können.

Welche Aktivitäten verfolgt die Fondation Hironnelle auf medialer Ebene im Bereich der internationalen Gerichtsbarkeit seit ihrer Gründung im Jahr 1995?

Caroline Vuillemin: Die Geschichte der Fondation Hironnelle ist eng mit der Entwicklung der internationalen Gerichtsbarkeit verbunden, die seit Mitte der 1990er Jahre für schwere Menschenrechtsverstöße zuständig ist. Die Stiftung wurde nach dem Völkermord an den Tutsi in Ruanda gegründet und hat zunächst eine Radiostation in Bukavu (Demokratische Republik Kongo) errichtet, mit der man die Opfer und Vertriebenen des Völkermords erreichen wollte. Danach hat sie 1996 die Agentur Hironnelle News in einem Gebäude des

IStGHR in Arusha (Tansania) eingerichtet, um zeitnah zu berichten und die Aufmerksamkeit der Medien vor Ort darauf zu lenken. Hironnelle News veröffentlichte Meldungen in Suaheli, Kinyarwanda, Englisch und Französisch, in den vier Sprachen der ruandischen Opfer und vertriebenen Bevölkerung. Auch hat die Agentur Dutzende von afrikanischen Journalist:innen in den Besonderheiten der internationalen Gerichtsbarkeit geschult.

Gemäss ihrer Satzung interveniert die Fondation Hironnelle in Ländern, die von schweren Krisen betroffen sind. Die Medien der Stiftung haben die Öffentlichkeit über die Prozesse der internationalen Gerichtsbarkeiten ihres Landes informiert: Radio Blue Sky im Kosovo (1999–2000), Radio Ndeke Luka in der Zentralafrikanischen Republik (RCA), Radio Okapi, später Studio Hironnelle, in der Demokratischen Republik Kongo. Unsere Aufgabe ist es, Nachrichten in der Sprache unserer Zuhörer:innen zu verbreiten, damit die Bevölkerung über die Prozesse der internationalen Gerichtsbarkeit informiert ist. Dadurch geben wir den unmittelbar Betroffenen eine Stimme. Als der IStGH die Verbrechen in der Demokratischen Republik Kongo und in Zentralafrika untersuchte, sind wir eine Partnerschaft mit ihm eingegangen. Er konnte in unseren Radiosendern zu Wort kommen, seine Aufgaben möglichst vielen Menschen erklären und Journalist:innen vor Ort finden, mit denen er zusammenarbeiten wollte.

Der Journalismus ist das Bindeglied zwischen einem oft sehr komplexen Gerichtsverfahren und der Bevölkerung

Warum interessiert sich die Fondation Hironnelle für diese Themen?

Die Fondation Hironnelle wurde infolge eines Völkermords gegründet und hat die Menschenwürde ins Zentrum ihres Leitmotivs (*Media for peace and human dignity*) und Handelns gestellt. Nach derartigen Verbrechen gibt es wenige Möglichkeiten, den Opfern und den Beteiligten insgesamt ihre Würde zurückzugeben. Die Justiz kann dazu beitragen, indem sie die Gewalttaten benennt, die Verbrechen anerkennt, die Hauptverantwortlichen verurteilt und gegebenenfalls für Wiedergutmachung sorgt. Der Journalismus sorgt dafür, dass diese Arbeit öffentlich wird. Er ist das Bindeglied, die letzte Meile, zwischen einem oft sehr komplexen Gerichtsverfahren und der Bevölkerung.

Die internationale Gerichtsbarkeit hat sich in den letzten dreissig Jahren stark verändert. Welche Prioritäten hat die Fondation Hironnelle heute?

In erster Linie möchte die Fondation Hironnelle den Bedürfnissen der Bevölkerungen gerecht werden. Nach der Schliessung des IStGHR Ende 2015 haben wir uns gefragt, was wir mit unseren Medienerfahrungen, die wir im Bereich internationale Gerichtsbarkeit und Menschenrechte gemacht hatten, machen sollten. Wir haben damals ein neues Medium, Justice Info, gegründet, das sich nicht nur mit der internationalen Strafgerichtsbarkeit beschäftigt, sondern mit allen Prozessen der sogenannten Übergangsjustiz, die stärker auf Aspekte wie Wahrheit, Erinnerung, Wiedergutmachung und Nichtwiederholung fokussiert. Im Gegensatz zu den internationalen Gerichtshöfen ermöglichen diese Prozesse den Bevölkerungen, miteinander in Dialog zu treten und eine gemeinsame Zukunft aufzubauen. Mit der Berichterstattung in den Medien sorgen wir dafür, dass die Bevölkerung aktiv an diesen Prozessen beteiligt wird. Wir stellen eine Verbindung zwischen ihnen her. ■

Bericht

ZUGANG DER MEDIEN ZU PROZESSEN

Daniele Perissi ist zuständig für das Programm „Grands Lacs“ (Grosse Seen) der schweizerischen NGO **TRIAL International**, die Opfer internationaler Verbrechen dabei hilft, Gerechtigkeit zu erlangen. Er erklärt, wie sich die internationale Gerichtsbarkeit und ihr Verhältnis zu den Medien in der Demokratischen Republik Kongo derzeit neu erfindet.

Der IStGHR und die Untersuchungen des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) in der Demokratischen Republik Kongo haben es mit sich gebracht, dass in der Region Grosse Seen die internationale Gerichtsbarkeit bis Mitte der 2010er Jahre sehr aktiv war. Trifft dies heute noch zu?

Daniele Perissi: Ja, aber angesichts der Schwerfälligkeit der Untersuchungen des IStGH hat die kongolesische Militärjustiz in der jüngsten Zeit Erfindungsreichtum und Effizienz bewiesen und sich mit mehreren internationalen Verbrechen befasst. Im September 2021 hat das Militärgericht von Südkivu einen Milizenführer zu einer lebenslangen Haftstrafe wegen Massenverbrechen, darunter Umweltverbrechen, verurteilt, und zwar in einem Fall terrorgestützter Ausbeutung natürlicher Ressourcen im Nationalpark Kahuzi-Biega, der zum Unesco-Weltkulturerbe gehört. Das Gericht hat ihn auch wegen Zerstörung von Schutzgebieten verurteilt. Sechs Monate zuvor hatte die kongolesische Militärgerichtsbarkeit einen Kommandanten des bewaffneten Aufstands von Kamuina Nsapu zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. Dieser hatte zwischen 2016 und 2019 in der Provinz Kasai Kriegsverbrechen begangen. Die Richter hatten 232 erklärten Opfern Wiedergutmachungsleistungen zugesprochen und anerkannt, dass auch der kongolesische Staat eine Teilverantwortung trägt, da er nicht genug getan habe, um die Zivilbevölkerung zu schützen. Schliesslich hat die kongolesische Militärgerichtsbarkeit 2017 elf Milizsoldaten zu lebenslanger Haft verurteilt, die zwischen 2013 und 2016 im Dorf Kavumu (Südkivu) rund vierzig Vergewaltigungen an Mädchen im Alter von zwei bis zwölf Jahren begangen hatten. Das Gericht ist der Ansicht, dass die Verbrechen, auch wenn sie über einen langen Zeitraum hinweg verübt wurden, in einem Zusammenhang stehen, und betrachtet sie als einen systematischen Angriff gegen die Zivilbevölkerung, der als Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu werten ist.

Diese Verfahren vollziehen sich in Form eines Wandergerichts. Diese Wandergerichte tagen nicht im Gerichtshof einer grossen Stadt, sondern in den von den Verbrechen direkt betroffenen Gegenden. Das gesamte Gericht mit seinen Staatsanwälten, Gerichtsschreibern, Anwälten und den Beschuldigten begibt sich dabei in die unmittelbare Nähe der Opfer.

Die kongolesische Militärgerichtsbarkeit hat sich in der jüngsten Zeit mit mehreren internationalen Verbrechen befasst



Daniele Perissi © Patrick Gilliéron Lopreno / Trial

TRIAL International unterstützt die Opfer dieser Verbrechen. Was erwarten Sie von den Medien?

Dass die Prozesse in unmittelbarer Nähe zu den Opfern, fernab der grossen Städte, stattfinden, ist sicher von Vorteil. Die Schwierigkeit dieser Wandergerichte besteht aber darin, dass sie an Orten stattfinden, die nicht erschlossen sind und somit für die kongolesischen Journalist:innen nur schwer zugänglich sind. Darum haben wir uns dafür entschieden, diese zu informieren und ihnen Zugang zu den Prozessorten zu verschaffen. So können sie über die Prozesse berichten und die gesamte Bevölkerung kann diese mitverfolgen und nachvollziehen. Die internationalen Medien spielen ebenfalls eine wichtige Rolle. Ein sehr gut dokumentierter Artikel in der amerikanischen Zeitschrift «Foreign Policy» hat in der Angelegenheit Kavumu den kongolesischen Staat dazu gebracht, eine nationale Untersuchung einzuleiten. Vielmehr wollte dieser die Augen vor den Verbrechen verschliessen, um sich von dem Etikett "Welthauptstadt der Vergewaltigung" zu befreien.

Die Prozesse finden manchmal fern des Landes statt, in dem die Verbrechen begangen wurden. So wird der frühere Milizenführer Roger Lumbala demnächst von der französischen Gerichtsbarkeit aufgrund des für sie geltenden „Weltrechtsprinzips“ zur Rechenschaft gezogen.

Er wird verantwortlich gemacht für die äusserst grausame Operation „Effacer le tableau“, die 2002 bis 2003 im Osten der Demokratischen Republik Kongo zahlreiche Opfer gefordert hat. Wir werden eng mit den internationalen und nationalen Medien zusammenarbeiten, damit die Kongoles:innen – insbesondere die indigenen Völker, darunter die Pygmäen des Bezirks Ituri, die von diesen Grausamkeiten besonders betroffen waren – diesen Prozess verfolgen und sich über die Verbrechen informieren können, die in der Demokratischen Republik Kongo nie offiziell anerkannt wurden. ■



Die Fondation Hironnelle ist eine 1995 gegründete gemeinnützige Schweizer Organisation, die Menschen in Krisensituationen Informationen zur Verfügung stellt mit denen sie in ihrem Alltag und als Bürger:innen handeln können. Durch unsere Programme haben mehrere Millionen Menschen in Ländern im Kriegszustand, nach der Beilegung eines Konflikts oder in einer humanitären Krise und Gesellschaften in einem demokratischen Wandel täglich Zugang zu Medien, die zu ihnen sprechen und ihnen zuhören.

Impressum

Mediation

Erscheint halbjährlich, herausgegeben von der Fondation Hironnelle

Leiterin Veröffentlichungen:
Caroline Vuillemin

Design, Bearbeitung:
Céline Kohlprath
Benjamin Bibas /
la fabrique documentaire

Graphische Gestaltung:
Marek Zielinski

Druck:
Groux & Graph'style

Avenue du Temple 19C
1012 Lausanne, Suisse

hirondelle.org
info@hirondelle.org
T. + 41 21 654 20 20

Wenn Sie uns unterstützen möchten:
Crédit Suisse Lausanne
BIC - SWIFT : CRESCHZZ80A
IBAN:
CH32 0483 5041 8522 8100 4

ISSN 2624-8840 (Print)
ISSN 2624-8859 (Online)